

25. November 2020, 17:12 Uhr Kriminalität - Potsdam

Gewalt an Frauen: Corona zeigt Schwachstellen

Direkt aus dem dpa-Newschannel

Potsdam (dpa/bb) - Vor dem brandenburgischen Landtag standen 135 Paar rote Schuhe. Sie sollten am Mittwoch diejenigen symbolisch darstellen, die fehlen - denn so viele Frauen sind nach Angaben von Hilfsorganisationen im vergangenen Jahr von ihrem (Ex-)Partner getötet worden oder starben an den Folgen von Misshandlung. Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am Mittwoch wurde landesweit mit Aktionen auf das Problem aufmerksam gemacht.

Im Innenhof des Parlaments hissten seine Präsidentin Ulrike Liedtke und Sozialministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) gemeinsam mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen und dem Frauenpolitischen Rat Brandenburg eine orange-farbene Flagge mit der Aufschrift "Wir sagen NEIN zu Gewalt gegen Frauen". Auch vor dem Sozialministerium, dem Rathaus in Potsdam, dem Gebäude des Kreises Spree-Neiße, der Kreisverwaltung in Senftenberg und Calau (Oberspreewald-Lausitz), der Verwaltung des Kreises Elbe-Elster, dem Schlossplatz in Oranienburg und vielen weiteren Orten im Land wehten Flaggen.

Allein 117 der insgesamt 135 im Jahr 2019 Gestorbenen wurden nach Angaben von Hilfsorganisationen von ihrem früheren Partner umgebracht. Lina Schwarz vom Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser vermutet, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher ist. "Es kann nur erfasst werden, was Frauen auch melden." Um das Dunkelfeld zu erhellen, müssten Polizisten und Mitarbeitende der Justiz im Umgang mit Betroffenen besser geschult werden. Daneben wäre laut Schwarz ein gesellschaftliches, grundsätzliches Umdenken nötig.

Von März bis Juli registrierte die Polizei in Brandenburg den Angaben zufolge 1840 Fälle häuslicher Gewalt - 22 Prozent (332 Fälle) mehr als im Vorjahreszeitraum. "Corona hat die Schwachstellen im Hilfesystem schonungslos aufgedeckt. Es bedarf dringend eines bundesgesetzlich festgeschriebenen Anspruchs für jede betroffene Frau auf unkomplizierten, schnellen Zugang zu Hilfsangeboten", erklärte Sozialministerin Nonnemacher. Gewalt an Frauen sei keine Privatsache.

In Brandenburg stehen nach Ministeriumsangaben 22 Frauenhäuser und Schutzwohnungen sowie zwei zusätzliche Fachberatungsstellen für Gewaltbetroffene bereit. Insgesamt gebe es 286 Plätze in 127 Räumen für schutzbedürftige Frauen und ihre Kinder.

Für Claudia Sprengel, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates, ist klar: "Um Gewalt gegen Frauen bis hin zu ihrer Tötung (Femiziden) zu bekämpfen, braucht es nachhaltige Präventionsarbeit. Wenn die Frage kommt "Warum ist sie nicht früher gegangen?" darf die Antwort niemals sein "Weil kein Platz frei war"!" Mit einem Frauenhaus-Finanzierungsgesetz könnten flächendeckend Beratungsangebote bereitgestellt werden.

Belästigung und Gewalt gegen Frauen dürften in der Krise nicht aus dem Blick geraten, mahnte der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg. Zu Hause zu bleiben sei besonders für viele Frauen und Kinder gefährlich, stellte die stellvertretende Vorsitzende Sonja Staack fest. Aber auch am Arbeitsplatz erlebten Frauen Gewalt und Belästigung. "Falsche Toleranz gegenüber sexistischen Sprüchen, ungewünschten Berührungen und anderen Übergriffen ist fehl am Platz."

"Trotz aller Fortschritte ist häusliche Gewalt noch immer ein großes Problem - jeder Fall ist einer zu viel. Dem müssen wir als Gesellschaft geschlossen entgegentreten", unterstrich die Landesvorsitzende der Linken, Anja Mayer. Aufeinander Acht zu geben sei besonders in diesen angespannten Zeiten wichtig, betonte die Grünen-Landesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin, Alexandra Pichl. "Wer Zeugin oder Zeuge wird, wie eine Frau geschlagen oder misshandelt wird, darf nicht wegschauen."

Es müsse eine Anerkennung von Femiziden geben, bemerkte die innenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Lena Duggen. "Eine Weigerung der Anerkennung dieser Tatsache und ein Still-schweigen führt unweigerlich dazu, dass keine konkreten Handlungen zur Bekämpfung solcher Taten erfolgen."

Nach den Worten von Elske Hildebrandt, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ist es Aufgabe der Politik, trotz und gerade in Zeiten einer Krise, Vereine, Organisationen und Institutionen zu unterstützen, die sich des Themas Gewalt gegen Frauen annehmen. "Und es ist Aufgabe der Gesellschaft, achtsam, solidarisch und empathisch die meist stummen Zeichen der Gewalt zu erkennen und Hilfe anzubieten."

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201125-99-462184

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: Direkt aus dem dpa-Newskanal